

# Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung  
Zersprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5552.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 mal und 4 durch die Haupt-Expeditoren: Poststraße 40, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Grabenstraße Nr. 3 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentliche 1.20 Mk., monatlich 3.10 Mk., vierteljährlich 10.30 Mk. (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 10.30 Mk. (ohne Bestellgebühr), bei den Haus-Besorgern monatlich 0.10 Mk., vierteljährlich 0.30 Mk.

## Korfanth geht über die Grenze.

### Wichtige Veränderungen in D. S.

Englisches Durchreisen. — Französische Abberufungen. — Zusammenfassung der deutschen Organisation unter Leitung Dr. Lufschel.

Einer Berliner Blättermeldung zufolge, sollen die Engländer bereits in den Kreisen Kattowitz und Beuthen mit einer energischen Säuberungsaktion des flachen Landes begonnen haben. Auf den Straßen und in den Wäldern herrsche ein reger englischer Patrouillenverkehr. Bei Kattowitz sind 4 Mann einer polnischen Bande von den Engländern handrechtlich erschossen worden. Das Hauptquartier Korfanths in Schöpspink wird jetzt unter englischer Kontrolle aufgelöst. Korfanth befindet sich nicht mehr auf ober-schlesischem Boden. Sein Stab befindet sich nach Cosmonica über.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Oppeln meldet, werden die französischen General-Konsole Bonnot, Lubinault, sowie die Generale und Kreiscommandeure Stanard und Bonnet abberufen werden. An ihre Stelle treten englische Offiziere. In den Büros der F. A. und der französischen Kreiscommandantur werden überall in den Höfen ganze Stöße von Akten verbrannt. Wie die Blätter melden, handelt es sich hierbei um den gesamten Schriftverkehr mit dem Hauptquartier Korfanths und den übrigen Hauptquartieren, der nicht in die Hände der Engländer gelangen sollte.

Der bisherige Stadtkommandant von Beuthen, Le Comte Denis, verlässt jetzt die Kommandantur in Hindenburg.

Der Zwölfersausschuss der deutschen Parteien in Oberschlesien hat nach Wiederherstellung der Autorität der Interalliierten Kommission im gesamten Abtinnungsgebiet keine Tätigkeit eingestellt. Die Vertretung des Deutschtums in Oberschlesien ist nunmehr wieder der Hauptausübung der deutschen Parteien und Gewerkschaften. An seiner Spitze steht Landrat Dr. Lufschel, der Leiter der deutschen Abtinnungspropaganda. Auch das deutsche Abtinnungsamt hat sich aufgelöst, da es seine Aufgabe als Abtinnungsorganisation erfüllt hat.

Gegen das sozialdemokratische Mitglied des früheren Zwölfersausschusses, Genossen Cyrus, ist von der Interalliierten Kommission wegen der Abwendung eines Briefes über die Beuthener Vorgänge an Le Comte, ein Strafverfahren eingeleitet worden. Der Brief schilderte wahrheitsgemäß die Vorgänge bei der Erziehung des französischen Majors.

### Von der ober-schlesischen Kohle.

Zwischen der Interalliierten Kommission und den Vertretern Italiens und Österreichs wurde wegen Kohlenlieferungen unterhandelt mit dem Resultat, daß bereits ein Kohlenzug von 70 Waggons nach Österreich abgefahren wurde. Man rechnet mit der Wiederaufnahme der regelmäßigen Kohlentransporte. Oberwärts werden ganze Züge von Kohlenfähren geschleppt. In Kohle hat Oberschlesien zur Zeit Ueberschuß. Auf den Halben sind erhebliche Bestände angeammelt, etwa 1.500.000 Tonnen. Es fehlt an Verkehrsmitteln zur Wegschaffung.

Die ober-schlesische Kohlenkonvention hat eine Erhöhung der Preise für Grob- und Feinkohle von 7,60 Mark pro Tonne. Die gesamte Preisfrage wird in nächster Zeit einer gründlichen Revision unterzogen werden.

## Robert Schmidt über die Wirtschaftspläne der Reichsregierung

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt gewährte einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ eine Unterredung über die Pläne der Regierung zur Erfüllung des Ultimatum. Schmidt bekräftigt schärfend die Höhe unserer Jahreserzeugung auf 3% bis 4 Milliarden Goldmark, die in Papiermark umgerechnet 50 bis 60 Milliarden ergeben würden. Schmidt sagt, nach dem „B. Z.“, dann weiter:

„Der aus der Ausfuhrabgabe entspringende Teil der Reparationssumme wird dadurch noch unsicherer und komplizierter, daß folgende Fragen in Verhandlungen mit der Gegenseite einer Klärung bedürfen. Teils müssen wir (z. B. in Kohle) große Sachleistungen nach den Entente-Ländern leisten. Soll auch gar, wie von außen gelegentlich angedeutet worden ist, von diesen Sachleistungen die 20-prozentige Ausfuhrabgabe erhoben werden? Ich würde es abgesehen von der wirtschaftlichen Erschwerung des Wiederaufbaues, die dabei herauskäme, für eine große Ungerechtheit halten. Ferner: Es kommt Ware nach Deutschland, die das Land an anderer Stelle in gleichem Zustande wieder verläßt. Wir verdienen an diesem Güterumschlag nur einige Wertprozent Fracht und bestenfalls eine kleine Kommission. Unmöglich und eine schwere Schmäherung des Weltverkehrs würde es sein, wenn von dieser Wiederausfuhr, (dem sogenannten Reexport) 20 Prozent Ausfuhrabgabe entrichtet werden sollten. Ähnlich verhält es sich mit dem Veredelungswert. Es kommen z. B. Pelze oder Textilien nach Deutschland, werden hier einer Appretur oder einem sonstigen Prozeß unterworfen und gelangen wieder an das Ursprungsland zurück. Dieser Verkehr erhöht, wenn man von ihm 20 Prozent Abgabe erheben wollte, denn diese 20 Prozent — Wertes hängen hier nicht im entferntesten an der deutscherseits geleisteten Arbeit. Auch der sogenannte Grenzverkehr, der Austauschverkehr, trägt die erwähnte Belastung nicht. Bezüglich der Abdeckung der Summe weist Schmidt auf die Einziehung des Wehrbeitrages vor dem Kriege hin, der insgesamt 950 Millionen ergeben habe. Das Aufbringen dieser gewaltigen Summe habe sich auf Jahre erstreckt und man sei sich einig darüber gewesen, daß die Last von dem Wehrbeitrag nicht allein getragen werden könne,

sondern, daß man dabei auch auf das Kapital zurückgreifen müsse. Anders — so fuhr Genosse Schmidt fort — werden auch jetzt die Dinge zu meistern sein. Um bei dem Beispiel zu bleiben: Damals ein Volkseinkommen von über 40 Milliarden Goldmark und eine einmalige Last von einer Milliarde, heute bei gesunkenem Kaufwert des Goldes ein auf 25 Milliarden Goldmark geschätztes Einkommen (manche schätzen es noch tiefer ein) und eine jährliche Forderung von 3 1/2 Milliarden Goldmark. Es ist dringend notwendig, daß jeder Staat aus solchen Ziffern die Nutzenwendung für sich und die Folgerungen zieht. Leider scheint mir das in genügendem Maße nicht der Fall zu sein.

Auch über die Steuerpläne äußerte sich Schmidt und erinnerte vor allem an das von dem Reichsfinanzminister bekannte gegebene Steuerprogramm. Zu einer allgemeinen Erhöhung der Umsatzsteuer von 1% auf 5 Prozent würde es nach der Ansicht des Reichswirtschaftsministers nicht kommen, da viele lebensnotwendige Waren schon, wenn sie in den Besitz des Verbrauchers kommen, einen 3 oder 4fachen Umsatz erfahren haben, so daß man schließlich zu einer 15 oder 20-prozentigen Besteuerung komme. Ausdrücklich hob Schmidt hervor, daß die Reichsregierung an einer übermäßigen Steuerlichen Erhöhung des Reiches nicht vorübergehen können wird und erinnerte hierbei an den von den Reichsparteien so sehr bekämpften Gehalt, diejenigen Sachwerte zur Besteuerung heranzuziehen, welche in ihrer Wertgrundlage durch die Geldentwertung weniger berührt worden sind. In welcher Weise diese Eingriffe norgenommen werden sollen, sei im Augenblick noch Gegenstand eingehender Beratungen des Reichskabinetts. Die freie Wirtschaft soll auch bei Verwirklichung der abermaligen Steuerlichen Erhöhung des Reiches gewahrt werden.

Schmidt schloß: In der Zukunft können wir aber auch dann nur unsere Aufgabe lösen, wenn wir einerseits mehr Güter erzeugen und wir für diese in der Unmöglichkeit draußen nicht gehemmt werden, andererseits unseren Verbrauch in lebenswichtigen Dingen an aus dem Ausland kommenden Genuss- und Luxusgütern in erheblichem Umfange einschränken.“

## Die Welt-Abrüstungskonferenz.

Keine Hereingiehung der Spezialfragen des Stillen Ozeans.

(Drahtbericht: unseres Berliner Büros.)

In Londoner politischen Kreisen sind augenblicklich Beratungen im Gange, die Pazifikkonferenz von der Abrüstungskonferenz aus rein praktischen Gründen zu trennen. Die Vertreter Australiens und Neu-Seelands auf der augenblicklichen Dominantenkonferenz sind der Meinung, daß sie nach der jetzigen langen Abwesenheit von ihrer Heimat sich nicht wieder auf eine längere Reise zu der in Verbindung mit der Abrüstungskonferenz geplanten Pazifikkonferenz begeben können. Man versucht in England deshalb bereits heute, bei der amerikanischen Regierung in vorstehendem Sinne Schritte einzuleiten, die zur Entsendung von Delegierten zu der in London abzuhaltenden Konferenz führen sollen.

## Das „bedrohliche“ Frankreich kann nur abrüsten, wenn es durch ein Sonderbündnis mit England und Amerika geschützt wird.

Der „Temps“ bespricht in einem Leitartikel die Einladung der amerikanischen Regierung. Das Blatt geht von dem Gedanken aus, daß die unerschütterlichen Republikaner, wie Borah und Johnson, erklärt haben sollen, man habe Unrecht getan, Italien und Frankreich einzuladen, weil Frankreich insbesondere von vornherein jede Einschränkungen der Rüstungen zu Lande abgelehnt habe. Temps, der den Standpunkt der französischen Regierung auszudrücken glaubt, erinnert wieder einmal daran, aus welchem Grunde 1919 der amerikanisch-englisch-französische Zusatzvertrag abgeschlossen worden sei. Frankreich habe nie Annexionen am Rhein beabsichtigt. Es habe den Rhein als ständige Barriere gegen neue Angriffe betrachtet und nicht als französische Grenze, innerhalb deren erobertes Land einbezogen werde. So berechtigt die Schaffung einer ständigen Barriere gewesen wäre, habe Frankreich doch darauf verzichtet, um die angebotene amerikanisch-englische Garantie anzunehmen. Jetzt, nach zwei Jahren, bestünde von dieser Garantie nichts mehr. Temps fragt, ob sie wieder aufleben solle. In diesem Falle wäre der europäische Friede gesichert, und man wäre in der Lage, nützlichweise das Problem der Abrüstung zu Lande zu prüfen. Daraus würde man auch die Mittel haben, um eine aggressive Nation zu verhindern, sich im Geheimen zu bewaffnen. Glaube man, daß das Abkommen von 1919 als unvereinbar mit der gegenwärtigen Politik Englands und der Vereinigten Staaten anzusehen sei? Dann müßte Frankreich, da es keine Garantie habe, keine vollkommene militärische und politische Freiheit behalten.

## Die Wiederaufbauverhandlungen.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, nehmen die Pariser Verhandlungen über die Wiedergutmachung insbesondere über das Problem der deutschen Sachleistungen, einen guten Fortgang. Da man sich bisher in wesentlichen Punkten sehr genähert hat, wird damit gerechnet, daß die Beratungen in aller Kürze zum Abschluß kommen.

## Luxuseinfuhr.

Ein trübes Kapitel der deutschen Volkswirtschaft.  
Von Dr. Ernst Hamburger.

Die deutsche Sozialdemokratie hat durch das Eintreten für die Unterzeichnung des Ultimatum der Entente vom Mai dieses Jahres die Möglichkeit offen gehalten, weiteres Reichsgebiet vor der Besetzung, Deutschlands Einheit vor der Zerstörung, seine Wirtschaft vor völliger Zerrüttung, seine Kultur vor der Vernichtung zu bewahren. Ob die Möglichkeit ausgenutzt wird, hängt in einem Maße, das gewiß nicht gering veranschlagt werden soll, von der Art der Lenkung der deutschen Politik, insbesondere auch von dem Einfluß ab, den die Sozialdemokratie auf sie zu gewinnen oder zu behaupten vermag. Doch darf diese Erkenntnis nicht zu dem durch die politische Geschichte des deutschen Volkes erklärlichen irrigen Glauben führen, wirtschaftlich oder politisch entscheidende Taten erschöpfen sich in Regierungen. Sehr wesentlich für die Durchführung der Wiedergutmachungsbestimmungen und die allein daraus erwachsende Aussicht auf Erhaltung der Güter, für die die Sozialdemokratie sich eingesetzt hat, ist vielmehr auch die Frage, wie weit das deutsche Volk — und zwar in allen seinen Klassen — bereit ist, die ihm durch die politischen Parteien und andere mehr oder weniger begriffswerte Organisationen vermittelten politischen und wirtschaftlichen Kenntnisse im Interesse des Wiederaufbaus auszuwerten und den Willen zur Befolgung der aus ihnen abgeleiteten Lehren zu bilden.

Daß Deutschland sich in seinem gegenwärtigen Zustande eine starke Förderung seiner Ausfuhr unbedingt angelegen sein lassen müsse, wird zwar von gewissen dem Exporthandel angehörigen oder nahestehenden Kreisen mit verdächtigem Eifer behauptet, kann aber zumindest so lange nicht als sicher hingestellt werden, als der Wert der Ausfuhr als Index für die deutsche Leistungsfähigkeit und als Grundlage für die jährliche Höhe eines Teils der Entschädigung angenommen wird. Dagegen ist es unbestritten geblieben, daß die Einfuhr nach Deutschland tunlichst herabgedrückt werden muß — sei es durch Förderung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion im Inlande, sei es durch Verzicht auf überflüssige Einfuhrgüter; nur auf diesem Wege kann die nächste Etappe zur Heilung der Wirtschaft erreicht, die aktive Handelsbilanz erreicht, d. h. ein Zustand hergestellt werden, in dem der Wert der Einfuhr nach Deutschland geringer ist, als der der Ausfuhr aus Deutschland.

Solange dies nicht der Fall ist, Deutschlands Verschuldung an das Ausland zunimmt, der Wert seines Geldes sinkt und entsprechend seine Armut wächst, ist wie beim einzelnen, so auch im Leben des Volkes Einfuhr und Verbrauch entbehrlicher Waren, vor allem von Luxusartikeln, unverantwortlicher Leichtsinns; die dafür erforderlichen wirtschaftlichen Funktionen bereichern lediglich ausländische Erzeuger, Hersteller und Händler, sowie Kreise des deutschen Importhandels, die sich durch die Internationale des Profits brüderlich vereint, in die Hände arbeiten, um über das deutsche Volk das Jähohr des Segens dieser Waren auszugießen und gleichzeitig seine Wäلتa weiter zu entwerten, es tiefer ins wirtschaftliche Elend hinabzustoßen.

Das deutsche Volk hat nach Regierungsmaßnahmen gegen die gesetzliche und ungesetzliche Einfuhr von Luxuswaren gerufen. — Maßnahmen, die angesichts der Weltmarktpolitik der Alliierten und der Bestimmungen des Versailler Vertrages immer unzulänglich bleiben müssen — und hat — wie konsequent! — seinen Verbrauch an eingeführten alkoholischen Getränken und Tabakerzeugnissen im Jahre 1920 gegenüber 1918 gesteigert.

Das deutsche Volk hat — ganz abgesehen von der Einfuhr auf Schleichwegen — Luxuswaren in Höhe von 21 Prozent des Gesamteinfuhrwerts im Jahre 1920 ins Land gelassen und verdrückt; das bedeutet, daß es noch je 5 Mk., die es zur Begleichung seiner Einfuhr benötigt, mehr als 1 Mark für Luxusgegenstände in anderen Ländern wie Tabak, alkoholische Getränke, Parfüms, Schmuck, Pelze, Spitzen, Stidereien und ähnliches übrig gelassen hat. Auf der Höhe seines Wohlstandes im Jahre 1918 veränderte es nur 5 Prozent darauf, d. h. von 5 Mark

Zur Bezahlung dieser Luxusimporte war 1920 ein Wert erforderlich, der dem der deutschen Ausfuhr des Jahres 1920 von Farben, Katt, elektrotechnischen Erzeugnissen, Baumwollfabrikaten, Wollfabrikaten, Papier und Papierwaren, Glas und Keramik, Spielzeug und Büchern zusammengekommen entspricht. Fürwahr, traurig steht es um die Gegenwerte der deutschen Arbeit aus, die das Ausland freudig liefert und das Inland bereitwillig verbraucht. Waren statt dieser Waren lebensnotwendige Dinge auch nur in derselben Wertgröße eingeführt worden: mancher hätte durch bessere Ernährung eine Krankheit überleben können, der es so zum Opfer fiel; für manchen hätte Arbeitsgelegenheit geschaffen werden können, der die Qualen der Arbeitslosigkeit erduldet.

Ausprechen, was ist: Schuld ist das ganze deutsche Volk in allen seinen Schichten und Klassen. Während die Gesamteinfuhr 1920 der Menge nach auf ein Viertel der Einfuhr von 1913 herabsank, stieg die Einfuhr an Zigaretten von 6700 Doppelzetteln im Jahre 1913 auf 19200 Doppelzettel im Jahre 1920, also um das Dreifache; Bourgeois und Proletariat pafften gemeinsam den Rest von Deutschlands Wohlstand in die Luft. Die Einfuhr ausländischen Branntweins „hob“ sich von 683 400 D. Tabak und Tabakerzeugnisse zu verbrauchen sah und sorgte für weitere Entwertung der Währung und Zerrüttung der durch den Krieg ohnehin fürchterlich angegriffenen Volksgesundheit. Schwer ist's, keine Satire darüber zu schreiben.

Herr Kurt Singer, der das unbestreitbare Verdienst hat, statistische Feststellungen über diese Dinge gemacht zu haben, kommt in dem diesen Problemen gewidmeten Aufsatz zu dem Ergebnis, daß die ungünstige Entwicklung der Luxuswarenabrechnung auf dem Felde der Güter des Massenluxus liegt und fragt, ob wohl die Führer des Volkes vor ihren Auftraggebern diese Tatsache zu enthüllen wagen würden. Herr Singer mag sich beruhigen: sie werden ihre Pflicht nicht veräumen, sie werden ihnen, wie er durchaus mit Recht verlangt, „sagen und immer wieder sagen, daß es nicht angeht, 683 400 D. Tabak und Tabakerzeugnisse zu verbrauchen gegen 720 900 D. im letzten Friedensjahre“, also fast dieselbe Menge wie damals. Sie werden aber, da er auch diese Frage nicht ohne Seitenhiebe auf die Arbeiterschaft behandeln kann, einige Gegenfragen an ihn richten, deren Beantwortung ihm offenbar peinlich und daher von ihm veräußt worden ist: Wo nach seiner Ansicht wohl in erster Linie die Verbraucher des 1920 eingeführten Weins, mengenmäßig fast 1/2, und des Schaumweins, fast der Hälfte des 1913 eingeführten zu suchen sind? In welchen Kreisen wohl die ausländischen Süßwaren konsumiert worden sind? Ob wohl die 5200 D. Parfüm und kosmetischen Mittel in den unteren Schichten zur Verwendung gelangt sind? Ob Herr Singer es für Deutschlands wirtschaftliche Lage angemessen hält, daß sich Deutsche — gewiß nicht aus Arbeiterkreisen — derart mit ausländischen Spitzen und Stückerien befassen, daß immer noch zwei Fünftel der Friedensmenge nach Deutschland ihren Einzug halten? Und schließlich: Was hat Herr Singer bisher getan, um in Handelskreisen, denen er nahe genug steht — er wirkt in Hamburg — seine Ueberzeugung von der Schädlichkeit der Luxusimporte zu verbreiten und sie zu beeinflussen, zu Gunsten der Gesundheit und wirtschaftlichen Wohlfahrt des deutschen Volkes selbst materielle Verluste in Kauf zu nehmen? Er wird wissen, warum er sich nicht daran versucht hat.

Die von Herrn Singer unternommene parteipolitische Ausschaltung der Angelegenheit verlangte Zurückweisung. Der Sache ist damit ebenbürtig geholfen wie mit seinem Vorstoß. Es hat wenig Zweck, Beschuldigungen auszusprechen; es ist wesentlich zu erkennen, daß auch, wenn nur eine Schicht Luxusbedarf in dem bisherigen Umfange befriedigt, sie volkswirtschaftlich sich an dem ganzen Volke vergeht; daß dagegen die Klasse, die den Luxusverbrauch einschränkt, an der Befundung der deutschen Wirtschaft mitarbeitet. Das Proletariat möge ändern die Verantwortung für das aus dieser Einfuhr

erwachsende Unheil überlassen und anfangen, richtigen Gedanken bei sich selbst die Tat folgen zu lassen. Auch das wäre eine wirtschaftliche Leistung, die der von der Sozialdemokratie entscheidend beeinflussten Politik entspräche.

## Die russisch-polnischen Beziehungen und Deutschland.

Von Michael Smilg-Benario.

In diesen Tagen hat sich ganz unerwartet Tschitscherin mit einer scharfen Protestnote an Polen gewandt, in welcher er die polnische Regierung der Verletzung des § 5 des Friedensvertrages von Riga beschuldigt. Dieser Paragraph verpflichtet beide Seiten, sich der Einmischung jeglicher Art in die inneren Angelegenheiten eines von den beiden Staaten fernzuhalten. Nun haben zwar Polen und Sowjetrußland den Vertrag von Riga unterschrieben, aber keines von beiden ist anscheinend gewillt, den § 5 einzuhalten. So treibt zum Beispiel die polnische Sektion der dritten Internationale, von Rußland unterstützt, offene Propaganda zum gewaltsamen Sturz der bestehenden Staatsmacht in Polen. Noch vor kurzem wurde aus Warschau gemeldet, daß dort die Vertreter der polnischen Kommunisten zusammen mit den kommunistischen Vertretern der Länder der kleinen Entente über die gemeinsamen Schritte beraten haben, die im Falle kriegerischer Verwickelungen im Osten zu unternehmen sind. Obgleich dies wie manches andere bestimmt im Widerspruch mit dem § 5 des Friedensvertrages von Riga steht, so glaubt dennoch Tschitscherin ein Recht zu haben, dagegen zu protestieren, daß auf dem Boden Polens gegen Sowjetrußland Intrigen geschmiedet werden. In seiner Protestnote stellt Tschitscherin die Behauptung auf, daß die verschiedenen gegenrevolutionären russischen Organisationen, an deren Spitze Sawinkow steht, nahe Beziehungen zum polnischen Generalstab haben und in der Ausführung ihrer Pläne von den Offizieren des polnischen Generalstabes unterstützt werden. Die Organisationen Sawinkows bereiten Verschwörungen und bewaffnete Aufstände gegen die Sowjetregierung vor. Außerdem unterführe, wie Tschitscherin behauptet, die polnische Regierung das wehrwärtige Komitee in Warschau, Weiskura, die Kosaken und andere Feinde Sowjetrußlands. Zum Schluß verlangt Tschitscherin die wirkliche Internierung der russischen gegenrevolutionären Organisationen und die Ausweisung von Sawinkow, Filosofow, Weiskura, der „Generalstab“, Beremitsin, Dulat-Balashowitsch und anderer. Außerdem verlangt Tschitscherin die Bildung einer gemischten russisch-polnischen Kommission, die das Verzeichnis derjenigen Personen vorzunehmen hat, die noch aus Polen ausgewiesen werden müssen. Diejenigen polnischen Beamten, die mit den russischen gegenrevolutionären in Verbindung stehen, müssen bestraft werden.

Der ganze Ton der Protestnote ist ein Beweis dafür, daß die Lage Sowjetrußlands im Verhältnis zu Polen seit dem Friedensschluß in Riga sich wesentlich verbessert hat. Sowjetrußland fühlt, daß Polen besonders jetzt, nach dem Mißlingen des oberflächlichen Abenteuer, schwach geworden ist und spricht deshalb mit Polen in einem Tone, den es sich vor kurzem noch nicht erlaubt hätte. Es ist auch kaum anzunehmen, daß Polen alle Forderungen der Sowjetregierung, besonders betreffs Bildung einer Kommission zur Ausweisung und Befragung polnischer Beamten, befriedigen wird. Doch es würde andererseits einen großen Fehler vom Standpunkt seiner Interessen machen, wenn es glattweg die Forderungen Sowjetrußlands ablehnen und somit kein Entgegenkommen der Moskauer Regierung zeigen würde.

In den Köpfen der polnischen Staatsmänner beginnt es allmählich zu dümmern. Sie fangen vielleicht an, zu begreifen, daß die bisherige Abenteuer-

politik den polnischen Staat an den Rand des Verderbens geführt hat. Die französische Orientierung hat nichts Gutes mit sich gebracht. Sie hat dazu geführt, daß Polen sich mit seinen beiden großen Nachbarstaaten, mit Deutschland und Rußland, verfeindet hat. Die Folgen dieser Politik zeigen sich jetzt in der wirtschaftlich verzweifeltsten Lage des Landes. Der katastrophale Valutastrich zeigte deutlicher als alles andere, wohin Polen mit seiner auf Frankreichs Geheiß geführten Abenteuerpolitik angelangt ist. Eine polnische Staatsmänner fangen, wie es scheint, an, zu begreifen, daß die Befundung Polens nur durch eine Verständigung mit Deutschland und Rußland herbeigeführt werden kann. In dieser Hinsicht sind sehr symptomatisch die Worte, die der auswärtige Minister Polens, Herr Skirmunt, in einer Unterredung mit einem ausländischen Journalisten gesagt hat:

„Ich bin mir dessen absolut bewußt, erklärte Skirmunt, daß Warschau auf dem Wege zwischen Moskau und Berlin liegt, und daß die Lebensinteressen Polens es verlangen, mit diesen Nachbarn aufrichtige Beziehungen aufzunehmen. Gegenüber Deutschland wird sich unsere Politik vom Standpunkt der besten Interessen her und nicht der Gefühle leiten.“

Von der „preussischen und holländischen Gefahr“ ist nichts mehr bei den Warschauer Staatsmännern zu hören. Sie haben jetzt andere Töne angestimmt.

Von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, daß Polen einzusehen beginnt, daß seine Befundung von den guten Beziehungen mit Moskau und Berlin abhängt, ist es anzunehmen, daß Polen, um es mit Sowjetrußland nicht zu verderben, einige Forderungen Tschitscherins berücksichtigen wird.

Andererseits ist es aber anzunehmen, daß auch Sowjetrußland den jetzigen Konflikt nicht bis auf die Spitze treiben wird. Denn auch Sowjetrußland ist einseitig sehr daran interessiert, mit Polen freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Die Sowjetpresse beschäftigt sich in letzter Zeit eingehend mit der polnischen Frage und versucht nachzuweisen, daß für Polen eine Annäherung an Rußland und Deutschland nur vorteilhaft sein kann. So schreibt zum Beispiel die „Ekonomicheskaja Schiza“ (Nr. 134):

„Polen muß einsehen, daß es keine auswärtige Politik auf der Basis der reinen Tatsachen aufbauen und daß es deshalb in erster Linie mit Deutschland und Rußland Hand in Hand gehen muß.“

Diese neuen Tendenzen, die sich im Osten Europas jetzt entwickeln, kann Deutschland nur begrüßen. Die Gegenläufe zwischen Deutschland und Polen sind wohl schwer in den Hintergrund zu stellen. Aber viel wichtiger ist es, durch eine weitwichtige und kluge Politik Frankreichs Plan — Polen in ein Bollwerk gegen Rußland und Deutschland zu verwandeln — nicht zur Ausführung gelangen zu lassen.

### Austritt des polnischen Gesandten beim Vatikan.

Der polnische Gesandte beim Vatikan, Komarski, ist von seinem Posten abberufen worden. Als Grund für seine Abberufung werden von der Warschauer Presse keine ehemaligen Beziehungen zu den deutschen Zentrumsführern und der Umstand bezeichnet, daß er die bekannte, polnischereits heftig angegriffene Stellungnahme des Papstes zum oberirdischen Nationalitätenkampf nicht habe verhindern können. Möglicherweise haben auch gewisse unfaire Intrigen des Herrn Komarski einen Wink des Vatikans an das Warschauer Scheibere voranlag.

### Die Wiederaufbau des russischen Transportweins.

Die „Ekonomicheskaja Schiza“ (Nr. 122) schreibt über die Verforgung der Eisenbahnen mit Metallen folgendes: „Die Arbeit ging unter den gleichen schweren Bedingungen von Statten wie früher. Einmalen ist die Einfuhr von Metallen aus dem Auslande im Verhältnis zu dem Bedürfnisse noch sehr gering. Die Inlandsproduktion macht sehr geringe Fortschritte und entspricht nicht den gestellten Anforderungen. Ein besonderer Mangel macht sich in der Verforgung der Eisenbahnen mit Eisenblech, Blech, Nägeln, Nähen sowie mit Schwellen und Balken bemerkbar. Besonders schlecht sieht es mit der Verforgung von Zinn, Blei und Zink aus. Von Schraubenmuttern wurden nur 0,3 Prozent des Bedarfs in diesem Jahre geliefert. Ebenso fehlt es an Eisenblechen für die Wagen und Tender, an Rollen und Triebfedern. Besser sieht es aber dafür mit der Verforgung von Kupferblech und Verzierungen.“

## Hungerland.

Von Georg Berner.

(Nachdruck verboten.)

Eines Tages trat er Steiger Günther in der Grube, der dort in einer ganz anderen Gegend des Grubenfeldes tätig war. Da Steiger Günther nicht mehr in sein Revier zurückwollte, da es sich nicht mehr lohnte, weil die Zeit zur Ausfuhr nicht mehr fern war, blieb er bei Karl. Sie legten sich in eine warme Ecke, wo sie sich ungestört unterhalten konnten. Steiger Günther fragte: „Es ist rein des Teufels mit den Leuten. Es steht eine Verhöhnung drin, die zu nichts gutem führen kann. Und den Leuten kann man es kaum verdenken. Bei dem knappen Lohn ist kein Auskommen. Dabei werden sie noch wegen jeder Kleinigkeit bestraft und ausgebeutet. Der Obersteiger jagt lechzig noch in der Kommerenz: „Wir sollen die Leute so gegeneinander aufbeizen, daß sie sich gegenseitig an die Rippe schlagen. Dann arbeiten sie sich zum Tod und wir fänden uns am Besten dabei. Dann fände auch die Einigkeit heraus. Anstehen ist es. Kaputt ärgern kann man sich. Mit den besten und vernünftigsten Arbeitern muß man es verderben. Sie kennen doch den alten Thiel, den Zimmermann, bei dem Sie die erste Schicht machten. Mit dem Rauner habe ich die ganzen Jahre nie ein unrecht Wort gesprochen. Jetzt soll ich ihn aus dem Bergarbeiterverband herausbringen, in dem er seit vielen Jahren Mitglied ist. Jetzt hat ihn einer, der sich beim Obersteiger lieb und wert machen wollte, verraten. Ich mußte es zwar schon lange, habe mich aber nie daran gekörnt.“

„Der ist auch dein?“ fragte Karl.

„Meine besten Leute sind drin“, sagte Steiger Günther. „Man frägt sich bald an zu werden, wenn einer von den ruhigen und vernünftigen Arbeitern nicht mehr ist. Statt daß man die Leute in Ruhe läßt und froh ist, wenn sie Kohlen fördern, muß man ihnen immer her sein, und sie zu den höchsten Preisen pressen. Und die besten von uns glauben wieder was sie damit ausrichten, wenn sie die Leute plagen. Wir haben doch ganz allein den Schaden. Die besten Arbeiter gehen weg nach Schwaben und die anderen, das ist der Grund, die Leute gehen.“

„Steiger Günther hat sein Revier dort!“ fragte er. „Der Kommerenz, wenn sie mit dem Herrn Obersteiger aus der Grube kommen, aber wenn sie ihn in der Kommerenz nicht sehen, dann ist er aus der Grube.“

die Woche über im Revier gemacht hat. Der Obersteiger weiß dann besser wie untereinander, wer zu Recht und wer zu Unrecht bestraft, wer zu viel und wer zu wenig verdient hat.“

„Da meinen Sie, daß es Unrecht ist, wenn man gegen die Verbändler vorgeht?“ fragte Karl.

„Ja, Sie sind ja auch einer von den wenigen, der die Leute in Ruhe läßt. Warum haben Sie nicht dahinter? Wenn Sie es für richtig halten, sollten Sie auch wohl mehr von den Leuten durch die Zähne gezogen werden“, entgegnete Steiger Günther.

„Ich muß mich mit den Leuten anhalten“, sagte Karl, der sich fürchte, daß sein früherer Steiger, vor dem er alle Hochachtung hatte, so über zu ihm war. „Bei mir in den Bannteilungen, für die ich besonders die Verantwortung trage, darf ich die Arbeiter nicht wild machen, sonst machen sie Schwierigkeiten.“

„Ja, das ist mir ja ganz was neues, daß man die Leute aus dem Grunde in Ruhe läßt. Ich denn der Obersteiger damit zufrieden? Was sagt denn Kollege Walter dazu. Das ist zwar einer von denen, der das Leute andrücken auch nur auf Wunsch und nicht aus eigenem Antrieb bestraft, aber gegenwärtig wird es doch sehr gemischt.“

„Wissen Sie Herr Günther, ich wollte Sie eigentlich schon längst mal sprechen. Ich habe mich hier in einer verdammten unangenehmen Lage, in der ich mir jetzt keinen Rat weiß. Ich möchte mich gern mal mit jemandem aussprechen, aber außer Ihnen gibt es keinen Menschen, bei dem ich es wagen kann.“

„Ja, da bin ich aber neugierig.“

„Sie fragen, warum bei uns in der Bannteilung die Verbändler in Ruhe gelassen werden. Bei uns steht die ganze Wetterkraft in der dritten Abteilung von Schlagschlag. Wenn die angefaßt werden, gibt's ein Unglück, ein ganz großes, bei dem, wenn's in der Morgenfrühe fällt, wenigstens 50 Mann tot diehen. Nun können wir das Feuer nicht weg bekommen, weil die Luft zu schwach ist. Damit nun die Leute stille sind, behandeln wir sie gut.“

„Deswegen will ich Sie jedoch nicht fragen. Es handelt sich um mich. Ich weiß nämlich nicht, was ich tun soll. Es muß ein neuer Vertrag geschlossen werden. Das haben ich und auch Steiger Günther dem Obersteiger gesagt. Der Obersteiger hat aber keinen Rat. Wir aber hat der Obersteiger gesagt, ich sollte die Kohlen ohne Aufsicht holen. Wenn es mir gelingt, ist es ein großer Lohn. Ich habe mich aber nicht getraut, das zu tun.“

ob man das glauben darf. Die Verantwortung trage ich, denn die Vorgesetzten kümmern sich um der Bau überhaupt nicht mehr. Wenn was passiert, bin ich der Dumme. Was macht man?“

„Ja, ja, da ist leicht Rat geben. Sie sind doch ein junger Mann, dem die Welt offen steht. Wissen Sie was, gehen Sie sich nach anderer Stellung um. Wenn Sie keine bekommen und die Wetter schlägen, dann haben Sie die Ausrede, Sie hätten sich nicht getraut, Ihre Stellung durch eine Weigerung zu verfechten und hätten weg gewollt. Dann zeigen Sie als Beweis die Antwortschreiben. Ganz schlimm kann es dann nicht werden. Bekommen Sie aber Stellung, dann gehen Sie weg. Glauben Sie doch den Anstehen nicht, daß Sie eine Abteilung erhalten, wenn es gelingt. Vorläufig sind noch andere an der Reihe. Die Verwandtschaft mit den Gewerkschaften oder die Verträge mit Direktors Köhler ist mehr wert als ein tüchtiger Steiger zu sein. Sie wissen doch, was ich meine? Des Dankes wegen solche Dinge zu machen, ist unnütz. Aus Rot ums liebe Brot tat man das. Wenn Sie so alt sein werden wie ich, wissen Sie das aus eigener Erfahrung.“

Sie sprachen noch lang und breit über diese Angelegenheiten und als sie beide zusammen zum Schacht gingen, war es bei Karl beschlossene Sache, sich nach anderer Stellung umzusehen.

Schon am selben Tage schrieb er an Bergart Sander. Acht Tage später hielt er die Antwort in den Händen. Sie lautete: „Bleiben Sie doch! Ihr Schreiben traf zur rechten Stunde ein. Auf einem der Kalkwerke, an dem ich als technischer Beirat beteiligt bin, ist eine Steigerstelle frei. Sie können diese ohne weiteres erhalten, müssen jedoch schon am 1. Februar 1909 eintraten. Wenn es Ihnen gefällt, Ihr Dienstverhältnis ohne Abkündigung zu lösen, so antworten Sie mir. Der Anstellungsvertrag geht Ihnen dann umgehend zu.“

Sollte es Ihnen nicht gefallen, werde ich Sie vorerlösen und können Sie sich dann nachrechnen, in allerhöchster Zeit Stellung zu erhalten. Mit herzlichem Gruß, Ihr Sander.“

Bis zum 1. Februar waren noch 14 Tage. Sofort ging Karl zum Direktor, der sich ohne weiteres mit dem Abgange einverstanden erklärte. Erst dann machte Karl dem Obersteiger Mitteilung, denn er befürchtete, er würde ihm eher wie dem Direktor, auch er Schwierigkeiten. Ein Woche vor dem 1. Februar hörte er auf und zog ins Schwabenland, um auf Kalgrube Sanderhof einzutreten.

(Fortsetzung folgt.)

# Preussischer Landtag.

In der Dienstagssitzung des Landtages wurde der Antrag des Beamtenausschusses, betreffend die Aenderung der Ortsklasseneinteilung, ohne Debatten angenommen. Der Gesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen vom 17. Dezember 1920 und die Ausführungsbestimmungen zum Volksschullehrer-Dienstverhältnisgesetz wurden dem Ausschuss für Beamtenangelegenheiten überwiesen. Ein Gesetzentwurf über die Berechtigung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlung geht an den Dienstagstag.

Am Mittwoch wurde ein Antrag über Milderung der Wohnungsnot, wonach die erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten sind, damit dem Wohnungsmangel in wesentlicher Weise abgeholfen wird, angenommen. Hierauf trat das Haus in die Beratung einer von den Demokraten gestellten großen Anfrage über den Entwurf des Reichsschulgesetzes zur Ausführung des § 146 Abs. 2 der Reichsverfassung ein. Der Begründer der Anfrage, Abg. Hoff (Dem.) wünscht, daß das Staatsministerium bei der Reichsregierung dahin wirkt, daß der Entwurf zurückgezogen und durch einen Gesetzentwurf ersetzt wird, der die Einheitschule der deutschen und preussischen Volksschulen und des Lehrkörpers, sowie das staatliche Schulverwaltungsrecht wahr, die nationale Einheitschule auf simultaner Grundlage zur Durchführung bringt und die Sonderschulen auf die Höhe der Sonderschulen in den Volksschulen auf die Höhe der Sonderschulen in den Volksschulen, in denen Gewissensbedenken der Erziehungsberechtigten eine Bekenntnisschule oder bekenntnisfreie Schule notwendig erscheinen lassen und die Schule nicht in ihrem äußeren Aufbau und ihrer inneren Entwicklung gefährdet wird. In Verbindung mit der demokratischen Anfrage fand die Beratung eines unabhängigen Antrages über den Wegfall des Religionsunterrichts in den Schulen. Der Unabhängige Abg. Holz, ein Rektor aus Mülheim, polemisierte in temperamentvoller Weise gegen das Zentrum und die Rechte, indem er für die Weisheit der Schule eintrat und die Einwirkung Preußens auf die Aenderung des Artikels 146 der Verfassung forderte.

Zur Beantwortung der großen Anfrage nahm der Kultusminister Beder das Wort, der sich im wesentlichen mit der Feststellung begnügte, daß die Entscheidung über die angeführte Frage nur im Reichstage zu treffen sei.

In der Mittagspause wurde behauptet, daß Genosse König die zur Verhandlung stehenden Fragen. Er schilderte den verheerenden Einfluß der Kirche auf die Schule und forderte die volle Weisheit derselben. Es muß ein ideales Schulwesen aufgestellt werden, und es ist mehr Gewicht auf die straffe Durchführung des Absatz 1 des Artikels 146 der Verfassung zu legen. Zum Schluß beantragte er die Ueberweisung der Vorlagen an den Unterrichtsausschuß. In der Mittagspause folgte der Deutschnationale Debatte, einer der reaktionärsten Schulmänner im preussischen Landtag. Dieser Mann machte keinen Hehl aus seiner Genugtuung und verurteilte all das, was die Republik an Schulreformen geschaffen hat. Nach weiteren unwesentlichen Ausführungen eines kommunistischen und deutsch-volksparteilichen Redners vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

## Das Kommunalabgabengesetz.

Am Mittwoch konnte die beabsichtigte Beratung des Notgesetzes kaum über die allerersten Anfänge hinaus geführt werden, weil die zweite Lesung des Kommunalabgabengesetzes für die ganze Sitzung beansprucht. Es lag an der Menge der Anträge und an der unangenehmen Redelust unterschiedlicher Abgeordneter. Das Gesetz stellt nur eine ganz notwendige Verbesserung der dringlichsten Mängel dar, aber die Sozialdemokratie hat sich damit abfinden müssen, weil eben eine grundlegende Reform nicht mehr gleich war und auf jeden Fall irgend etwas geschehen mußte. Wir haben versucht, durch Verbesserungsanträge noch möglichst viel herauszuholen; es muß leider festgestellt werden, daß ein Teil dieser Anträge für den auch Arbeitervertreter des Zentrums stimmten, nur deshalb abgelehnt wurde, weil die Bank der Fraktion sich große Mühen aufwies. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr langwierig, die Rechte tat ihr Möglichstes, um ihre Kreise vor der Durststrecke und ähnliche unangenehme Maßnahmen zu schützen. Im übrigen begegnete es aber den Rechtsparteien mehr als einmal, daß sie mit ihren Anträgen allein blieben. Auch gegen die nachbarlich verbundenen Parteien des Zentrums und der Demokraten. Da der Notetat mit der Hilfe von Anträgen und Anträgen, die mit ihm verbunden sind, trotz der Beschränkung auf eine Rednerzeit einige Zeit in Anspruch nehmen wird, und auch noch andere dringliche Entwürfe erledigt werden sollen, ist es zweifelhaft geworden, ob das Haus am Freitag in die Ferien gehen können.

## Der Hauptausfluß des preussischen Landtages

Beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Gesetzentwurf über die Reisekosten und die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Staatsrates. Nach dem Entwurf haben die Mitglieder des Staatsrates für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zu dieser Körperschaft und die folgenden 8 Tage das Recht zur freien Eisenbahnfahrt zwischen ihrem Wohnort und dem Tagungsort. Eine allgemeine Gewährung von Freitagen, wie es bei den Abgeordneten des Reichstages und des preussischen Landtages der Fall ist, kommt bei den Mitgliedern des Staatsrates nicht in Frage, da sie nur als Vertreter einer Behörde gewählt sind und somit nicht das ganze Staatsgebiet zu betreten brauchen. Die Fahrtkosten, die bei Ausübung der Mitgliedschaft entstehen, werden zurückerstattet, soweit nicht in anderer Eigenschaft Ertrag aus öffentlichen Kassen geleistet wird. Als Aufwandsentschädigung erhalten die außerhalb des Tagungsortes des Staatsrates wohnenden Mitglieder für die Reisezeit, sowie für die Zeit, die sie der Ausübung ihres Mandats widmen, ein Tagesgeld von 150 Mark. Für ein Mitglied des Staatsrates, das gleichzeitig Mitglied des Reichstages ist, besteht dieser Anspruch nur insoweit, als vom Reich nicht die Aufwandsentschädigung und ein Tagesgeld bereits gezahlt werden. Diese Bestimmungen haben auch Geltung für die stellvertretenden Staatsratsmitglieder.

Bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs lief der § 4, der u. a. folgendes besagt, eine lebhafteste Debatte hervor:

„Der Präsident des Staatsrates erhält für die Dauer seines Amtes außerdem eine jährliche Aufwandsentschädigung von 12 000 Mark.“

Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten Streichung dieses Paragraphen, was jedoch abgelehnt wurde. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. v. Arns hielt die angegebene Entschädigung für angemessen. Nicht so tolerant haben die deutschnationalen bisher dem Präsidenten des Landtages gegenüber gehandelt, der — Sozialdemokrat — 2 Jahre lang ohne besondere Entschädigung blieb.

Weiter wurde von der Sozialdemokratie die Entzerrung der Bezeichnung „Präsident“ gefordert, die in „Vorsitzender“ umgeändert werden soll. Diesem Antrage wurde zugestimmt.

## „Der Reichstagspräsident auf der Flucht.“

Reformer Mütter werden in ihrer Mittwoch-Morgenansprache, daß eine sozialdemokratische Reform, in der Reichstagspräsident Genosse Löbe sprach, aufgeführt werden mußte. Es sei in der Diskussion zu Tausend und Tausenden gekommen, wobei Löbe und die mehrheitssozialistischen Führer fluchtartig den Saal verlassen hätten.

Wie die R. P. A. hören, ist es in der erwähnten Diskussion, nachdem Genosse Löbe sein Referat beendet hatte, während der Diskussion zu Störungen durch die Kommunisten gekommen. Durch die fortgesetzten Zwischenfälle war es nicht möglich, den letzten Teil der Besprechung programmatisch durchzuführen, so daß Genosse Löbe nicht zum Schlußwort kommen konnte. Es trifft aber nicht zu, daß der Reichstagspräsident und die mehrheitssozialistischen Führer fluchtartig den Saal verlassen hätten.

# Das Deutschtum im Memelgebiet.

Das Memelland, das durch den Versailles Vertrag vom deutschen Reichsverband losgelöst worden ist, steht augenblicklich unter französischer Verwaltung. Das ist ein Zustand, der natürlich nicht immer anhalten kann. Zum ersten Male wurde auf der polnisch-litauischen Konferenz in Brüssel offiziell die Frage angeschnitten, was mit dem Memelgebiet in Zukunft geschehen solle? Der Vertreter des Völkerbundes, vor dem bekanntlich die polnisch-litauische Streitfrage ausgetragen wird, ließ durchblicken, daß man das Memelland gegebenenfalls als Austauschobjekt betrachten werde. Daß die Bevölkerung des Memelgebietes in ihrer überwiegenden Mehrheit deutsch ist und deutsch fühlt, darüber liegt kein Zweifel ob. Eine Kundfrage, ob in den memelländischen Schulen der litauischen Unterrichtsprache gelehrt werden, ergab nur eine Fünftelheit von 18,8 Prozent für die litauische Sprache. Angesichts dieser Tatsache und nach dem Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, wäre es also nicht mehr wie recht, wenn man die Memelländer selbst hört, che man über ihr Schicksal entscheidet.

Die Memelländer sind sich darüber im klaren, daß eine Wiedervereinigung mit Deutschland für sie unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht in Frage kommt und wenn von gewisser Seite der Versuch gemacht wird, die Memelländerfrage in eine Anschlussfrage an Deutschland umzuwandeln, so kann damit nur Unheil angerichtet werden. Es bleiben nur drei Möglichkeiten: Anschluss an Litauen, Anschluss an Polen oder Autonomie. Die Freistaatsbewegung ist im Memelgebiet weitaus am stärksten. Die Anhänger eines selbständigen Memellandes machen geltend, daß das Memelgebiet seit seiner Loslösung ohne fremde Hilfe und ohne Besitz irgendwelcher natürlichen Ressourcen, ein selbständiges Randgebiet Polens, Litauens, Estlands und Lettlands, eines der best entwickelten Staatswesens ist. Seine natürliche Lage als Handelsdurchgangspunkt bürgt für eine gesunde Zukunft.

Auf der anderen Seite stellt es natürlich nicht an Ledungen. Die Gründe, die für die Autonomie des Memelgebietes sprechen, bilden einen starken Anreiz für Litauen und Polen. Polen vor allem läßt nichts unversucht, Memel in irgend einer Form an sich zu fesseln. So widmet das litauische Wochenschrift „Przeglad Wiczojny“ dem Memelgebiet einen längeren Aufsatz, in dem es nachzuweisen versucht, daß der Transitverkehr Polens nach dem Memelgebiet in Zukunft eine große Rolle spielen werde, da das „Litauen“ infolge seiner passiven Positionen wahrscheinlich nicht das Zentrum der polnischen Aufbruchsbewegung sein werde. Polen sei bereit, dem Memelgebiet volle Autonomie (Minister Oberbefehl!) zu geben und einen Teil der Kosten für den Ausbau des Memeler Hafens zu übernehmen. Worauf diese Rattenfängerweisen hinauslaufen, ist ohne weiteres klar und es wäre ein Satiriker in dem Kampf der Memelländer um ihr Selbstbestimmungsrecht, wenn man über der Rolle der vielumwobenen Schönen die Sache selbst vergäbe.

Nationalismus ist ja nicht immer da zu Hause, wo es um harte Dufaten geht. Das scheinen die Agrarier des Memellandes an einem Wählerbeispiel bemerken zu müssen. Nachdem bei der Beratung des Staatshaushalts alle Parteien erklärt hatten, der Staatshaushalt beweiße, daß das Memelgebiet sich selbst verwalten könne, hatten die Vertreter der Landwirtschaft bei einer internen Streitfrage über die Höhe der Landwirte verlangten, daß der Mehrbetrag der Höhe der Landwirtschaft zugute kommen solle und daß die im Staatshaushalt vorgesehenen 2 1/2 Millionen für Verbilligung der Lebensmittel nur im äußersten Notfall angegriffen werden! nichts Mittleres zu tun, als zum französischen Oberkommissar zu laufen und dessen Entscheidung anzuerkennen. Wahrscheinlich glauben sie damit der deutschen Sache einen besonders guten Dienst erwelen zu haben. Es ist bedauerlich, daß derartige in einem Grenzgebiet geschehen kann, das durch festen Zusammenschluß der Bevölkerung manches erreichen könnte.

## Die preussischen Provinzialvertreter zum Reichsrat.

Wie die „Dema“ erzählt, liegen jetzt die Ergebnisse der Wahlen der Provinzialvertreter zum Reichsrat vor mit Ausnahme von Oberschlesien, wo die Wahl erst im Herbst und der Rheinprovinz, wo die Wahl am 14. Juli stattfindet. Es haben gewählt: Stadt Berlin: Bürgermeister Adolf Ritter, Stellvertreter: Statthalter Otto Frank. Brandenburg: Landrat a. D. von Bredow, Stellvertreter: Oberbürgermeister Dreifler-Cottbus. Hannover: Landrat a. D. von Wenne, Stellvertreter: Oberbürgermeister Dr. Rihmiller-Osnabrück. Hessen-Nassau: Staatsminister a. D. von Troitz zu Solz, Stellvertreter: Generaldirektor Dr. Hauser. Niederschlesien: Oberpräsident a. D. Dr. von Günther, Stellvertreter: Oberpräsident Zimmer. Ostpreußen: Regierungsdirektor a. D. Fehr, von Gahl, Stellvertreter: Handelskammerdirektor a. D. Fritz Simon. Grenzmark: Posten-Weistreuhen: Oberkubandirektor Beder, Stellvertreter: Rechtsanwalt Dr. Kräuter. Pommern: Fideikommissbesitzer Gr. Behr, Stellvertreter: Rittergutsbesitzer v. Flemming. Sachsen: Oberpräsident Höring, Stellvertreter: Oberbürgermeister Dr. Klotz-Halle. Schleswig-Holstein: Dr. Schifferer, Stellvertreter: Hofbesitzer Tönnes. Westfalen: Buchdruckerbesitzer Lenfing, Stellvertreter: Bergarbeiter Brandt.

## Große Fortschritte der Arbeiterpresse in den Vereinigten Staaten.

Während in England die Arbeiterparteien bekanntlich nur eine einzige größere Tageszeitung, den „Daily Herald“, besitzen, sind in den letzten beiden Jahren in den Vereinigten Staaten eine ganze Anzahl neuer ausgesprochener Arbeiterblätter entstanden. Die historische Rückständigkeit der Arbeiterbewegung in der neuen Welt der kapitalistischen Expansion jenseits des Atlantischen Ozeans wird dadurch stark verringert. Einem längeren Artikel in der letzten Nummer der „Kommunistischen Zeitschrift „Nation“ ist zu entnehmen, daß fast in jedem größeren Industriestrich die Organisation in der Arbeiterschaft sich im Laufe der letzten zwei Jahre die Kontrolle über eine Tageszeitung verschafft hat, und daß auch die Ausgestaltung dieser Arbeiterblätter seit dem Kriege so fortgeschritten ist, daß sie die Konkurrenz mit der bürgerlichen Presse wickeln können. Die Zahl der Arbeiterzeitungen in den Vereinigten Staaten beträgt jetzt etwa fünfzig. Mikroskopische Hindernisse, die der Verbreitung einzelner Blätter seitens der Postverwaltung gemacht wurden, sind in den letzten Monaten weggefallen. Die Arbeiterbewegung hat sich immer mehr in sozialistischem Geiste, wie sie auch in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung die Opposition gegen den liberale-demokratischen Verfassungskonzepte. Compens nicht, der der Arbeiterbewegung sozialistische Verfassungskonzepte waren, ist die politische Politik feindlich gegenübersteht.

## Der Außenhandel Sowjetrusslands.

Auf Grund der Berichte der sowjetrussischen Behörden über den Außenhandel der Sowjetrepublik im letzten Halbjahr macht der Außenhandel der Sowjetrepublik einen sehr günstigen Eindruck. Die Einfuhr im letzten Halbjahr betrug 5 223 000 Rubel, während im Jahre 1920 5 223 000 Rubel verarbeiteter Waren eingeführt wurden. In den ersten 6 Monaten des Jahres 1921 betrug die Einfuhr 5 223 000 Rubel, während im Jahre 1920 5 223 000 Rubel verarbeiteter Waren eingeführt wurden.

Einfuhr an Steintohle vergrößert. Die Bezüge in den ersten Monaten 1921 1 861 860 Rubel.

Was die Einfuhr angetrifft, so hat sich diese auch wesentlich vergrößert. Während im Jahre 1920 insgesamt nur 655 240 Rubel ausgeführt wurden, betrug die Einfuhr in den ersten 6 Monaten 1921 2 167 621 Rubel; was 25 Prozent der Einfuhr ausmacht. Die Einfuhr besteht hauptsächlich aus Rohstoffen und Halbfabrikaten, zu denen hauptsächlich Holzmaterialien und Flachs gehören. Holzmaterialien wurden insgesamt 1 700 000 Rubel ausgeführt, Flachs und Hanf 240 000 Rubel.

Am meisten wurde nach Lettland, Estland und der Türkei ausgeführt. Die beiden ersten Länder sind vor allem als Transitländer zu betrachten, von wo aus die Waren meistens nach England, Deutschland und Skandinavien gelangen. Aus den litauischen Häfen werden auch beträchtliche Mengen von Getreide und Weizen nach Ostpreußen ausgeführt.

Die Hauptlieferanten Russlands waren in den ersten Monaten 1921 England (27,6 Prozent der Einfuhr), die Vereinigten Staaten (21,8 Prozent), Deutschland (17,7 Prozent) und Estland (14,8 Prozent).

Aus England hat Russland hauptsächlich Steintohle, Seeringe, landwirtschaftliche Maschinen und Baumwolle erhalten; aus Deutschland landwirtschaftliche Maschinen, Eisenbahnmateriale und Düngemittel; aus Estland Papier und Flachs-lamen.

## Die Cholera in Rußland.

Nach den offiziellen Nachrichten des Volkskommissariats für Gesundheitswesen verbreitet sich die Cholera-Epidemie mit zunehmender Schnelligkeit. Besonders stark wütet sie im Wolgagebiet, in Kasan und am Don. In Astrachan und Saratow werden täglich durchschnittlich 100 Cholerafälle festgestellt.

## Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die prägnanteste Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

## Eine nette Bedienung.

In eine der schlimmsten Zeiten fühlt man sich zurückversetzt, wenn man gewöhnlicher Käufer des Preussener Milchfabrikens 10 Portstraße ist. Die Bedienung ist schon immer nicht gut, aber am Sonntag war es wirklich empörend. Als ich kurz vor 8 1/2 Uhr dahin kam war der Laden zu. Ich wunderte mich, da ich von nichts wußte, es haben auch viele Frauen da und sprachen ihre Empörung aus. Von drinnen hören wir höfliches Gelächter, und da wir uns dagegen empören, kommt schließlich der Bruder der Inhaberin heraus und meint, wir können ihn ... (Das Weitere ist nicht wiederzugeben). Ich lasse mir die Milch für das Kind mittags holen, aber wie ich mir im voraus dachte, sie kochte zusammen, denn sie kam ja bei der Hitze erst um 11 1/2 Uhr auf die Platte. Hätte ich nicht schon früh anderswo Milch bekommen, dann hätte ich nichts für das Kind gehabt. Und übrigens bezahlt der Wochentagskäufer, der die Milch bezahlt, eine Ware, die ihren Zweck vollständig verfehlt. Eine für viele.

## Lehrlings-Zücherei!

In der hiesigen „Mechanischen Werkstatt“ von Otto Bog und zuletzt in Lehrlinge beschäftigt, von denen jeder ein Lehrgeld von durchschnittlich 1000 Mark bezieht. In diesen 18 Lehrlingen kommt nur 1 Gehilfe, der nicht einmal praktisch arbeitet, und auch nicht tanzt, sondern nur die Werkzeug- und Materialausgabe unter sich hat. Von wem sollen die Lehrlinge etwas lernen? Vom Gehilfen nichts und vom Meister auch nichts; denn der hat genug im Kontor zu tun.

Ist das eine Gerechtigkeit oder Ausnutzung der Lehrlinge? Ist es richtig, daß die Lehrlinge so viel Lehrgeld bezahlen müssen, wo sie doch alle Arbeiten verrichten müssen? Der Meister ist nicht einmal imstande, für die ganzen 4 Jahre ein Taschengeld zu geben. Die Leute, die da auslernen, werden auf die Straße geschickt; dafür werden wieder neue Lehrlinge eingestellt, damit „Er“ ja keine Gehilfen zu bezahlen braucht. Sogar der dort arbeitende Gehilfe bekommt ein Hungerlohn und arbeitet non morgens 6 1/2 bis abends 6 Uhr mit 1 Stunde Mittag. Das kann ja nicht weiter gehen! Abhilfe ist hier dringend notwendig!

Ein siffler Kater befindet sich im Besitz des Hauswirts von Binzenstraße 15. Der Kater hat aber nur ein spezifisches Können, wenn wieder einmal ein Kind, eine Frau oder sonst jemand von seinem Hunde angefallen worden ist. Es ist schon wiederholt Anzeige bei der Polizei gemacht worden, aber vom Wirt ist bis jetzt noch nichts geschehen, um Mieter und Mißbürger vor dem Hunde zu schützen.

## Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	13.7.	12.7.	13.7.	12.7.	
Amerikan. Dollar	1,35	1,30	Schweiz. Franken	8,01	7,89
Englische Schilling	7,38	7,16	Österr. Kronen	970,87	967,16
französl. Franken	17,33	16,68	polnische Mark.	—	—
holländ. Gulden	4,03	4,03	tschech. Kronen	99,60	99,60

## Wasserstand

vom 14. Juli 1921.

	1.11	1.11	1.11	1.11
Kathar	1,11	Katze (Unter-Regel)	1,53	
Trapp	2,12	Breslau (Ober-Regel)	4,94	
Geßel	0,78	Unter-Regel)	1,86	
Brick (Mittler)	1,98	Trapp	1,93	
Roth	1,32			0,26
Katze (Ober-Regel)	3,78			

Wassermenge: 29,8°

## Bereinstellender.

Die Arbeiterbewegung in Rußland. Sonntag, den 17. Juli. 1. Sitzung in Wilna. Galtzow, der die Arbeiterbewegung in Rußland eingeleitet hat, und führt die Sportvereine, speziell die Sportvereine, eine Verbindung in Sportvereine zu bilden zu bestehen.

Die Arbeiterbewegung in Rußland. Sonntag, den 15. Juli, abends 6 Uhr, im ...

# Farbol

mittels für alle ...



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. Juli

Sozialdemokratischer Verein.

Arbeiter-Jugend! Dielefeldjäger! Donnerstag, abend 7 Uhr im Garten der Mathiaskapelle letzte Zusammenkunft...

Arbeiter-Jugend, Heim 5. Freitag, den 15. Juli, Elternabend zugunsten der Werkbewegung im Heim, Tuernstraße 1, Urderschenstraße...

Abteilung Ostauer Tor (Distrikte 26, 27, 28, 29) Versammlung sämtlicher Parteifunktionäre der Abteilung Freitag, den 15. Juli, abends 6 Uhr bei Götzlich.

Distrikt 12. Außerordentliche Distrikts-Versammlung Sonnabend, den 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr bei Sambal, Friedrich-Karlstraße 26. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Führung, Jungsozialisten! Sonnabend, den 16. Juli, Nachtmarz nach Obernigal, über Herrprofisch-Auras-Hennigsdorf. Treffpunkt abends 11 Uhr am „Reigen Keller“...

Trotzdem!

In allen Tonarten wird jetzt über die Verwilderung des Volkes geklagt. Die Kriminalitätsziffern steigen, die Jugend ist ohne Jucht und Zucht...

Und die Ursache dieses moralischen Zerfalls? Natürlich die Revolution! Es herrscht ja keine Autorität und keine Furcht mehr, nicht einmal vor der Fäulnis...

Das ist der deutsche Philister, wie ihn schon Heinrich Heine schilberte: „Ein hohler Darm, voll Furcht und Hoffnung, doch Gott erbarm!“

Die Kriminalitätsziffer steigt mit den Preisen der Lebensmittel. Das ist eine so alte Wahrheit, daß man glauben sollte...

Was hat die Jucht der Schuljugend gelockert? Tragt doch die Lehrer, was sie während des Krieges mit den ihnen anvertrauten Kindern für den Krieg schaffen mußten...

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Geldgrauen etwas schenken zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde...

Wie drängen gestohlen wurde, wie draußen — besonders in der Gasse — die bürgerliche Moral ihr wahres Gesicht zeigte...

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Geldgrauen etwas schenken zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde...

Wie drängen gestohlen wurde, wie draußen — besonders in der Gasse — die bürgerliche Moral ihr wahres Gesicht zeigte...

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Geldgrauen etwas schenken zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde...

Wie drängen gestohlen wurde, wie draußen — besonders in der Gasse — die bürgerliche Moral ihr wahres Gesicht zeigte...

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Geldgrauen etwas schenken zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde...

Wie drängen gestohlen wurde, wie draußen — besonders in der Gasse — die bürgerliche Moral ihr wahres Gesicht zeigte...

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Geldgrauen etwas schenken zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde...

Wie drängen gestohlen wurde, wie draußen — besonders in der Gasse — die bürgerliche Moral ihr wahres Gesicht zeigte...

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Geldgrauen etwas schenken zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde...

Wie drängen gestohlen wurde, wie draußen — besonders in der Gasse — die bürgerliche Moral ihr wahres Gesicht zeigte...

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Geldgrauen etwas schenken zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde...

Wie drängen gestohlen wurde, wie draußen — besonders in der Gasse — die bürgerliche Moral ihr wahres Gesicht zeigte...

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Geldgrauen etwas schenken zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde...

Wie drängen gestohlen wurde, wie draußen — besonders in der Gasse — die bürgerliche Moral ihr wahres Gesicht zeigte...

Die Mütter hungerten mit ihren Kindern, um den Geldgrauen etwas schenken zu können. Der Vater schrieb aus dem Felde...

Eltern für ihre Kinder recht oft herbeiwünschen, und sie flehigen Gebrauch davon machen lassen. Die Veranstaltung von Ferien...

Advertisement for 'Volkswacht' subscribers. Text: 'Hast Du schon 1 Abonnenten für die „Volkswacht“ gewonnen? Wenn nicht, so hole es sofort nach. Jeder Leser stützt die sozialistische Bewegung und schwächt die Reaktion!' Includes a graphic with the number '1'.

Schlesische Krüppelfürsorge.

Der Schlesische Krüppelfürsorge-Verein hielt am Mittwoch nachmittags im Büchsenhause des Rathauses seine ordentliche Mitglieder-Versammlung ab.

In Stelle des Stadtrats Tilgner, der sein Amt als 1. Vorsitzender niedergelegt hat, eröffnete Rechtsanwalt Dr. Walter Schmidt die Versammlung und sprach dem ausgeschiedenen Vorsitzenden den Dank für seine Tätigkeit aus.

Im Jahre 1919 hat der Verein mit Erfolg den Werkstattdienst begonnen. Bedauerlich ist das Fehlen eines geeigneten Grundstücks, worauf der Grundstock zu einem modernen Krüppelheim gelegt werden könnte.

Die große Zahl der jugendlichen Gebrüchlichen berechtigt zu dem Ruf nach einem Krüppelheim und darum sollte die Stadt trotz schwieriger Finanzlage hinter anderen Großstädten nicht zurückbleiben.

Die Schule wurde weiter ausgebaut; die Zahl der Schüler liegt von 18 auf 41; davon waren 22 Knaben und neunzehn Mädchen.

Die vorgeschickte Neuwahl des Vorstandes ergab als ersten Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Schmidt und als dessen Stellvertreter Pastor prim. Dr. J. G. S.

Die große Zahl der jugendlichen Gebrüchlichen berechtigt zu dem Ruf nach einem Krüppelheim und darum sollte die Stadt trotz schwieriger Finanzlage hinter anderen Großstädten nicht zurückbleiben.

Die Schule wurde weiter ausgebaut; die Zahl der Schüler liegt von 18 auf 41; davon waren 22 Knaben und neunzehn Mädchen.

Die vorgeschickte Neuwahl des Vorstandes ergab als ersten Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Schmidt und als dessen Stellvertreter Pastor prim. Dr. J. G. S.

Die große Zahl der jugendlichen Gebrüchlichen berechtigt zu dem Ruf nach einem Krüppelheim und darum sollte die Stadt trotz schwieriger Finanzlage hinter anderen Großstädten nicht zurückbleiben.

Die Schule wurde weiter ausgebaut; die Zahl der Schüler liegt von 18 auf 41; davon waren 22 Knaben und neunzehn Mädchen.

Die vorgeschickte Neuwahl des Vorstandes ergab als ersten Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Schmidt und als dessen Stellvertreter Pastor prim. Dr. J. G. S.

Die große Zahl der jugendlichen Gebrüchlichen berechtigt zu dem Ruf nach einem Krüppelheim und darum sollte die Stadt trotz schwieriger Finanzlage hinter anderen Großstädten nicht zurückbleiben.

Die Schule wurde weiter ausgebaut; die Zahl der Schüler liegt von 18 auf 41; davon waren 22 Knaben und neunzehn Mädchen.

Die vorgeschickte Neuwahl des Vorstandes ergab als ersten Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Schmidt und als dessen Stellvertreter Pastor prim. Dr. J. G. S.

Erhöhte Kohlenpreise.

Die am 10. Juli eingetretene Erhöhung der Grubenpreise für oberflächliche Steinkohlen bedingt auch eine Erhöhung der Kleinhandelskohlenpreise.

Urkolporter und ihre Wirkung. Vom Arbeiter-Anglerverein wird uns geschrieben: Oft, leider sehr oft, bemerkt man, daß kleine und auch größere Fische...

Der Nachwuchs in dem Gewässer, in dem ein berattiger Urdol sein Weiden getrieben, ist auf Jahre hinaus vermindert. Große Fische, die mit dem Leben davonkommen, sind für immer unfähig...

Warum legt die Regierung keine Prämien aus? Wenn es beim Vogelshuh möglich ist, muß es auch hier möglich sein. Es würde sich dann mancher bereit finden, derartige Raubfische zu stellen.

Weiter ist es an der Regierung, strenge Strafen über diejenigen zu verhängen, die Urdolporter ohne Gifffische abgeben. Unsere Regierung wird erachtet, die dem Urdolporter werfens etwas mehr Interesse zu schenken.

Ohne Logik. Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

Die Sittenmädchen dürfen bekanntlich nur in bestimmten Straßen Wohnung nehmen. Ehe sie aber eine Wohnung beziehen, müssen sie es der Polizei melden...

